

Die „Freie Presse“... Einzelhefte... Preis...

Die Jahrgangspost... Einzelhefte... Preis...

Freie Presse

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Reparationszahlungen

Die Forderungen bleiben undurchführbar

Paris, 21. März.

Der Abgeordnete Léon Blum schreibt im „Populaire“, während er im „Temps“ die Note über die bevorstehende Festsetzung der deutschen Zahlungen für 1922 lese, falle sein Blick auf die Spalte mit den Wörtern: Die Mark stehe genau auf 3,50 Fr., das bedeute, daß man jetzt ungefähr 30 Mark für 1 Papierfrank und ungefähr 75 Papiermark für 1 Goldfrank brauche. Wenn man die seit dem 1. Januar geleisteten deutschen Zahlungen berücksichtige, stelle das, was man von Deutschland verlange, in bar immer noch beinahe 40 Milliarden Papiermark und in Sachlieferungen einen Wert von ungefähr 100 Milliarden dar. Deutschland werde sich diese Summen durch seine Zwangsanleihen verschaffen, das sei ausgemacht. Aber dann? Wie solle es Budgetüberschüsse erzielen, wenn die Sprünge des Markfußes jeden Augenblick Steuererhöhung und alle Kostenvoranschläge über den Haufen wirfen? Sollte Deutschland neue Anleihen ausgeben, die die Mark noch weiter drücken? Wir können, sagt Blum, unsere Forderungen ruhig immer weiter herabsetzen, sie bleiben undurchführbar, denn das Sinken der Mark geht schneller vor sich als unsere Zugeständnisse; die Schlussfolgerung ist immer wieder dieselbe.

Die Frage der Finanzkontrolle

London, 21. März.

Der Parlamentarierkammer der „Times“ schreibt bezugnehmend darauf, daß die Reparationskommission sich gestern über den Gesamtbeitrag der deutschen Reparationen für 1922 und über die Garantie für Gewährung eines Teilmoratoriums noch nicht geeinigt habe, es sei schwer anzunehmen, daß die Meinungsverschiedenheiten unter den Alliierten schwerer zu lösen seien als erwartet wurde. Die Schwierigkeiten schienen bei Erörterung der Garantien für die von Deutschland zu fordernde Finanzkontrolle entstanden zu sein. In Frankreich sei eine Richtung vorhanden, die Deutschland der rigorosesten Finanzkontrolle unterwerfen wolle, während die vorherrschende Meinung sei, daß Deutschland Gelegenheit zur Bilanzierung seines Budgets und zur Besserung seiner Finanzen Gelegenheit gegeben werde.

Ein Attentat in Paris

Paris, 21. März.

Der chinesische Gesandte in Paris, Chen-Lu, wurde heute, als er sich kurz nach Mitternacht in Begleitung seiner Frau und eines befreundeten Ingenieurs der chinesischen Bahn von einer Gesellschaft im Auto nach Hause begeben wollte, durch eine auf ihn abgefiredete Revolverkugel am Kopfe verletzt. Der Chauffeur glaubte, daß ein Reiter geplatzt sei und fuhr noch ungefähr 50 Meter weiter. Der Minister ließ den Wagen halten und dann bis zu der Stelle zurückfahren, wo die Schüsse gefallen waren. Er fand dort den chinesischen Konsul Tschin vor, der zusammen mit dem Gesandten die Abendgesellschaft verlassen und den Täter gesehen hatte. Nach der Ausfrage Pittbins hat ein Chinese vier Revolverkugeln auf den Wagen abgegeben und darauf die Flucht ergriffen. Der Gesandte mußte in ein Krankenhaus gebracht werden, wo die Kugel durch eine Operation entfernt wurde.

Verkauf der russischen Kirchenschätze

Kopenhagen, 21. März.

Nach Mittermechnungen werden in ganz Rußland gegenwärtig die Schätze der Kirchen und Klöster beschlagnahmt. Im Nizewskilöcher in Nowgorod allein sind Gold, Silber und Brillanten im Werte von einer Million Goldrubel eingezogen worden.

Die Arbeitslosigkeit in Rußland

O.C. Moskau, 21. März.

In der wirtschaftsamtlichen „Ekonomitscheskaja Schlan“ führt Herr Anitz, ein leitendes Mitglied des Volkskommissariats für Arbeit, aus, daß auf die letzten drei Jahre des Arbeitermangels jetzt eine schwere Periode der Arbeitslosigkeit in Sowjetrußland folge, und zwar wegen der Schließung der staatlichen Betriebe, der Kürzung ihrer Belegschaften und des Personals der Behörden. Im Dezember waren bereits 200 000 Arbeitslose registriert, und ihre Zahl ist seitdem im Zusammenhang mit der Lebens- und Heizmittelkrise in ständigem Anwachsen begriffen. Während Anfang 1921 2 057 000 Industriearbeiter vom Staate versorgt wurden, sollte diese Zahl im Februar 1922 auf 1 043 000, im März auf 923 000, im Sommer sogar auf 510 000 reduziert werden. Die Zahl der Eisenbahner ist bis zum Februar um 25 Prozent gekürzt worden. Nur ein Teil der Entlassenen kann Arbeit in den staatlichen Betrieben ohne staatliche Versorgung und in der Privatindustrie finden, auch die Abschließung aufs Land ist infolge der Hungersnot nicht durchführbar. Auf Grund dieser Daten kommt der Verfasser zu dem Schluß, daß die Zahl der Arbeitslosen bereits im April auf 600 000 bis 1 Million steigen dürfte, und infolge der

allgemeinen Verelendung der Arbeiter ihre Lage sich besonders schwer gestalten müßte.

Die Exekutive der Roten Gewerkschaftsinternationale hat beschlossen, den nächsten Roten Gewerkschaftskongreß in Deutschland abzuhalten.

Ein Hinauswurf

Dr. Königshütte, 21. März.

Der Korrespondent der „Dona“ drahtet: Geh. Rat Hilger, der Generaldirektor der hiesigen Vereinigten Königs- und Laurahütte, ist auf der Generalversammlung des Berg- und Hüttenmännischen Vereins in Breslau am 18. d. M. aus der Organisation ausgeschlossen worden, weil er darauf hinarbeitete, die Organisation zu sprengen und unter seiner Führung einen polnischen Bergbauverein zu gründen. Der Ausschluß vollzog sich unter ständelosen Umständen. Hilger versuchte durch Einbringen der unmöglichsten Entwürfe die Generalversammlung zu sabotieren. Seine Absicht wurde aber schnell durchschaut und über die von ihm gestellten Entwürfe zur Tagesordnung übergegangen. Anschließend daran wurde Geh. Rat Hilger aus dem Sitzungsloos verwiesen.

Wie dieselbe Korrespondenz weiter mitteilt, ist Hilger nicht nur aus dem Vorstand des Berg- und Hüttenmännischen Vereins ausgeschlossen, auch sein Austritt aus dem Vorstand der Vereinigten Königs- und Laurahütte, die an Polen fällt, steht bevor.

Man wird erst weitere Mitteilungen über die Vorgänge in dieser Sitzung abwarten müssen, um über die Gründe Klarheit zu bekommen, die zum Ausschluß Hilgers geführt haben. Wir können uns nicht vorstellen, daß es lediglich eine Auswühlung der patriotischen Gefühle war, die die Ausweisung Hilgers veranlaßt hat. Denn es ist bekannt genug, daß es nicht wenige oberhalbliche Kaputisten gibt, die in der letzten Zeit eine sehr zweifelhafte Rolle gespielt haben. Will man etwa den einen Hilger in die Wüste schicken, damit über die Sünden der anderen der Schleiter des Bergesens gebreitet werde?

Der Hermes-Skandal

Hermes hat bekanntlich gegen den verantwortlichen Redakteur der „Freiheit“ Strafantrag gestellt. Am Montag vormittag fand nun die erste Vernehmung statt. Wer angenommen hatte, daß man in dieser Vernehmung erfahren würde, ob Hermes den traurigen Rat befolgen wird, die gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen zu bestritten, wurde gründlich und läuscht. Nichts von dem geschah, stattdessen setzten aber Verleumdungen ein, zu erfahren, wie von unserer Seite die Verteidigung zu führen beabsichtigt ist. Unser verantwortlicher Redakteur erklärte jedoch lediglich, daß er die Verantwortung für die Artikel übernehme, um schleunige Anberaumung der Hauptverhandlung bitte und vor der Hauptverhandlung seine Beweisansätze zu stellen gedenke, um den Wahrheitsbeweis für die von der „Freiheit“ aufgestellten Behauptungen zu führen.

In diesem Zusammenhang und im Hinblick auf die sich gestern im Reichstage abgespielten Vorgänge sei noch mitgeteilt, daß bisher noch keine neue Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses anberaumt worden ist. Das ist um so auffälliger, als von dem Vertreter der unabhängigen Fraktion im Ausschuß bereits vor 10 Tagen sowohl die Zeugen genannt worden sind, auf deren Vernehmung er Wert legt, wie auch genau die Unterlagen bezeichnet wurden, deren Kenntnis zur Fällung eines Urteils für den Ausschuß notwendig ist. Da sowohl die Akten des Trier Wingerverbandes, die bekanntlich auf einen Beschluß des Ausschusses hin beschlagnahmt worden sind, bereits seit mehr als einer Woche vorliegen, und ebenso die Akten aus dem Ernährungsministerium, so läßt sich diese Verzögerung in der Einberufung des Ausschusses mit sachlichen Motiven nur sehr schwer rechtfertigen. Jedenfalls steht sie in auffälligem Widerspruch zu dem Verhalten der bürgerlichen Parteien und der Regierung, die nach außen hin den Eindruck zu erwecken suchen, als ob ihnen an einer möglichst schleunigen Klärung der Angelegenheit gelegen ist.

Riesengreif in Württemberg

Stuttgart, 21. März.

Zur Zeit befinden sich in Württemberg in 180 Betrieben 41 080 Metallarbeiter im Streik. In weiteren 30 Betrieben mit 10 100 Arbeitern hat die Arbeitslosigkeit zum nächsten Freitag gefähndigt.

Große Ausperrung in Bayern

München, 21. März.

Heute nachmittag ist die Aussperrung durch den Verband bayerischer Metallindustrieller in sämtlichen Mitgliedsbetrieben in Kraft getreten.

Eine Verurteilung nach Rußland. Gestern wurde gemeldet, daß der Geheimprofessor Dr. Klemperer in Moskau an das Krankenlager Lenins nach Moskau berufen worden sei. Die Berliner Sowjetvertretung erklärt dazu, daß Professor Klemperer lediglich in einer medizinisch-wissenschaftlichen Angelegenheit nach Rußland reise. Die in Berlin verbreiteten Gerüchte über Lenins Befinden seien stark übertrieben.

Die Republik und die Universitäten

Von Dr. Hans Wehberg, Berlin.

Dr. Wehberg sprach heute abend um 1/2 Uhr in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Hohestraße 11 anlässlich einer Privatversammlung in Sachen des Prof. Kiepert über: „Das neue Deutschland und die Universitäten“

Als ich vor wenigen Monaten anlässlich der Tagung des „Instituts für internationales Recht“ in Rom weilte, um nach vielen Jahren die persönlichen Beziehungen mit den Rechtsgelehrten auf dem Gebiete des Völkerrechts wieder aufzunehmen, konnte ich zu meiner Freude feststellen, daß man in diesen Kreisen gerne bereit war, wieder mit uns Deutschen zusammen zu arbeiten. Immer wieder konnte man im Privatgespräch feststellen, welchen Respekt die ausländische Wissenschaft vor der klassischen deutschen Jurisprudenz hat, und besonders ein berühmter italienischer Jurist und Diplomat sprach in Worten höchster Bewunderung von Männern wie Savigny, Puchta und Eichhorn. Merkwürdig war aber die Zurückhaltung gegenüber der gegenwärtigen Generation deutscher Rechtslehrer. Sehr interessant war es mir, gelegentlich von dritter Seite den Grund dieser Sprödigkeit zu erfahren: Man kann es der deutschen Wissenschaft noch nicht verzeihen, daß so viele ihrer Vertreter die Wahrheit während des Krieges so grausam mißhandelt haben. Eine völlige Wandlung in dieser Hinsicht anzunehmen, lehnte man ab, und bezeichnenderweise begründete man diese Meinung besonders mit der unansehnlichen Tatsache, daß seit der Revolution der Boykott moderner Vertreter der Wissenschaft in Deutschland nicht aufgehört habe, daß nicht einmal Schücking, der deutsche Delegierte in Versailles, der Vertreter des neuen Deutschland, an die Berliner Universität habe gelangen können.

An diese Erfahrungen habe ich denken müssen, als ich vor einigen Tagen in dem neuesten Handbuche des Deutschen Reiches feststellen konnte, daß Professor Triepel von der Universität Berlin in den „Rufungs-ausschuss“ für die diplomatisch-konsularische Abschlußprüfung im Auswärtigen Amte berufen worden sei. Also ausgerechnet dieser Völkerrechtslehrer, der 1914 erklärt hat, die Niederwerfung Englands sei ihm wichtiger als die Zukunft des Völkerrechts und der den Pazifismus für eine Verirrung, ja für eine Gefahr erklärte, wird von der jungen deutschen Republik als der geeignete Mann erklärt, unsere Diplomaten darin zu prüfen, ob sie die richtige Auffassung vom Völkerrecht haben. Jedermann weiß, wie sehr sich die Kandidaten bei der Vorbereitung der Prüfung nach dem richten, der sie prüft. Sie nehmen seine Bücher zur Hand und lassen sich vorher möglichst durch Besuch der Vorlesungen des Examinators in die betreffende Disziplin einführen. Nach dem Willen des Auswärtigen Amtes sollen sich also in Zukunft unsere Diplomaten mit dem Völkerrechte eines glühenden Feindes Englands und eines scharfen Gegners des Pazifismus beschäftigen. Ist das der Anfang der Reform unseres auswärtigen Dienstes? Und was gedenken die Volkstretter zu tun, um diesem Skandal ein Ende zu machen?

Es ist im Rahmen dieses kurzen Aufsatzes nicht möglich, das Problem der Stellung der deutschen Republik zu den Universitäten auch nur annähernd erschöpfend zu behandeln. Es ist ja im Grunde eine Banalität, wenn ich betone, daß kein Gemeinwesen ohne Idealismus bestehen kann, daß die deutsche Republik ihre Wurzeln untergräbt, wenn sie nicht dafür Sorge trägt, daß auch der Unterricht an den deutschen Universitäten etwas von dem freien Geiste des neuen Deutschland atmet. Niemand kann annehmen, daß sich diejenigen Universitätslehrer, die in der Zeit Wilhelm II. begeisterte Vertreter des alten Deutschland waren, am Tage der Revolution umgestellt haben; ich könnte auch vor solchen Männern, die mit einem Schlage ihre Ueberzeugung aus mehr äußerlichen Gründen geändert hätten, keine Achtung haben. Wenn die Vertreter des alten Deutschland in maßvoller und verständiger Weise in ihren Vorlesungen das sagen, was ihre innerste Ueberzeugung ist, wenn sie sich von Kundgebungen, wie sie neulich ein bekannter Kirchenrechtslehrer zu Wilhelm II. Geburtstag veranstaltete, fern halten, nun gut, man soll die Meinung jedes Gelehrten achten und soll sie mit Rücksicht auf ihre großen wissenschaftlichen Verdienste weiter lehren lassen.

Aber der Geist des jungen Deutschland kann sich natürlich auf den Universitäten nur widerspiegeln, wenn man neue Männer neben die alten Vertreter beruft, Männer, die mit innerster Ueberzeugung, sei es als Völkerrechtler, sei es als Historiker, sei es als Philosophen, Soziologen usw. die Ideen des neuen Deutschland verfechten.

Man hat aber solche Persönlichkeiten nach der Revolution genau so bei Seite geschoben wie unter dem alten Regime. Ein bedeutender Historiker wie Professor Valentin, der während des Weltkrieges aus politischen Gründen gezwungen worden ist, auf seine Freiburger Professur zu verzichten, hat noch keine Heimstätte an

einer Universität. Ein Geschichtsforscher wie Professor Feldmann in Halle, von hervorragender Bedeutung und pazifistisch orientiert, wird dauernd bei der Wahl zum Ordinarius übergangen. Wir wissen alle, daß Professor Dr. W. Förster seine wertvolle erzieherische Kraft nicht in den Dienst des deutschen Geisteslebens stellen kann. Man hat es auch verstanden, einen bedeutenden Soziologen wie Rudolf Goldscheid in Wien als Vertreter moderner soziologischer Ideen an eine deutsche Universität zu berufen. Und gar auf dem Gebiete des Völkerrechts! Ich fasse mich auch hier kurz und verweise nur darauf, daß Professor Schüding vor Handelshochschulen, statt vor Studenten sprechen muß, und daß ein so hervorragender Gelehrter wie Dr. Stropp (vielleicht weil er Semit ist?) nicht zum Professor ernannt wird. Dabei sind das alles Männer, die eine gemäßigt-liberale Richtung vertreten.

Merkt die deutsche Republik nicht, daß man ihr Fundament untergräbt, indem man die Männer neuer Gesinnung von der Bildung der deutschen Jugend ausschließt? Man begnügt sich auch nicht damit, die alten weiter predigen zu lassen und die neuen zu boykottieren. Nein, man duldet es, daß, wie der Fall Triepel zeigt, gerade die Vertreter des alten Deutschland zu Ehren kommen, die des neuen aber verfolgt werden. In dieser Hinsicht ist der Fall Nicolai von hervorragender grundsätzlicher Bedeutung. Er wächst sich allmählich zu einem gigantischen Kampfe um die Wahrheit aus. Prof. Nicolai geht jetzt zum zweiten Male aus Deutschland, und es wird wie eine Schande auf der deutschen Ehre brennen, bis man ihm Genußung gegeben hat.

Mit der Kassierung des Urteils des Berliner Senates durch das Unterrichtsministerium ist es nicht getan. Denn das Urteil wirkt trotzdem und schadet Prof. Nicolai in seiner Unterrichtstätigkeit, wenn er diese in Deutschland ausüben wollte. Es ist nötig, die ungerechten Richter sich vor einem gerechten Richter verantworten zu lassen. Das Prinzip wissenschaftlicher Wahrhaftigkeit haben sie zu schwer verletzt. Ich muß mich auch hier leider kurz fassen: Nicolais großes Werk „Die Biologie des Krieges“, das schon in viele Sprachen übersetzt wurde, war als Zurückweisung des bekannten Ausrufs der 18. gedacht. Wie konnte also ein Mitglied des Senates über Nicolai zu Gericht sitzen, wenn es selbst jenes nicht scharf genug zu verurteilende Manifest unterschrieben hatte! Heißt das Achtung haben vor der Idee des Rechts, vor dem Grundsatz, daß niemand in eigener Sache Richter sein darf?

Mit welcher grenzenloser Oberflächlichkeit des Urteils haben ferner jene Senatoren Nicolai vorgeworfen, er habe die sittlichen Prinzipien des Rechts und der Gerechtigkeit verletzt, weil er während seiner Militärzeit Deutschland verlassen und Deutschlands Fehler offenkundig getadelt habe! Hat der Senat wirklich das ernste, heilige Bestreben gezeigt, dem großen Problem des Verhältnisses von Vaterlandsliebe zur Menschheitsliebe gerecht zu werden? Hat er ehrlich geprüft, ob einer, der die Heiligkeit des Menschenlebens über alles schätzt, das Recht hat, zu sagen: Ich weigere mich, Menschen zu töten? In allen diesen Fragen stecken große neue Probleme, die ihrer Lösung noch harren. Es handelt sich um Fragen, die seit Kant von zahlreichen großen Denkern geprüft worden sind und die neuerdings Popper-Lynkeus, der kürzlich verstorbene Wiener Soziologe, untersucht hat. Hat man sich irgendwie Mühe gegeben, dem Konflikt zwischen Nicolai und der Militärbehörde, die seine Flucht nach Dänemark veranlaßte, gerecht zu werden als einem gewaltigen, heldenhaften Kampfe eines Einzelmenschen gegen die brutale Maschine des preussischen Militarismus? Im Gegenteil hat man, wie Nicolai deutlich behauptet hat, statt dessen Unwahrheiten in das Urteil aufgenommen, um über einen Kollegen, den man ritterlich hätte verteidigen müssen, zu Gericht zu sitzen.

Am 27. August 1921 hat Prof. Nicolai einen offenen Brief an die deutschen Hochschullehrer in der „Zukunft“ veröffentlicht, der bis heute kein Ergebnis gehabt hat. Man muß wirklich fragen: Darf es in Deutschland geduldet werden, daß Universitätslehrer der Vorwurf der Lüge gemacht werden darf, ohne daß dagegen etwas geschieht?

Merkt man noch immer nicht, daß sich das Urteil des Senates im Falle Nicolai letzten Endes gegen den Geist der deutschen Republik richtet, nämlich gegen einen der wenigen Männer des neuen Deutschland, die bereits unter Einsetzung ihres Lebens gegen den Geist des alten Deutschland Front gemacht haben?

So protestiere ich denn in aller Feierlichkeit und vor der ganzen Welt dagegen, daß die junge deutsche Republik keinen Finger rührt, um in dem Falle Nicolai dem Rechte zum Siege zu verhelfen. Ich lege dagegen Verwahrung ein, daß die junge Republik die Vertreter alter Rechtspolitik zu Ehren beruft, die Propheten einer neuen Zeit aber boykottiert. Wir wollen heute, da Prof. Nicolais Schiffke von zur Abfahrt nach Argentinien bereit liegt, keine Stunde länger zögern, um unserer tiefen Enttäuschung darüber Ausdruck zu geben, daß diesem neuen Deutschland noch der tief in der Seele verankerte Geist abgesprochen werden muß, wenn es sich nicht ernstlich des Falles Nicolai annimmt. Man verwendet seine ganze Kraft darauf, gegen den Friedensvertrag zu protestieren. Man unterstützt die Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, die Hohnschand an dem Kriege unseren Feinden zuzuschleichen. Aber der neue Geist, der allein Berge versetzen und Deutschland seine Stellung in der Welt wieder zu erringen vermag, kann keine festen Wurzeln fassen, weil er nicht hinreichend gepflanzt wird.

Wo ist endlich der Mann, der auf den Tisch schlägt und sagt: Es ist jetzt genug mit diesem Versteckenspielen des Unterrichtsministeriums und des Senates! Wir wollen Wahrheit und Gerechtigkeit in unserer Republik! Darum eröffnen wir das Verfahren gegen die Mitglieder des Senates der Berliner Universität!

Deutsch-polnischer Gesangenaustausch. Die polnische Regierung ist bereit, einer Entlassung der noch in polnischen Staatsgefangnissen befindlichen deutschen Oberleutnanten im Wege der Gegenseitigkeit zuzustimmen. Die Verhandlungen darüber sollen demnächst zwischen deutschen und polnischen Bevollmächtigten in Oppeln geführt werden.

Wiedefeld Botschafter in Washington. Wie die „P.P.R.“ hören, hat die amerikanische Regierung das von der deutschen Regierung für Geheimrat Wiedefeld, den Direktor der Krupp-Werke, nachgesuchte Agreement erteilt, so daß die Ernennung Wiedefelds zum deutschen Botschafter in Washington unmittelbar bevorsteht.

Der Schrei nach Polizei und technischer Nothilfe

Der preussische Innenetat

Im Hauptausfluß des preussischen Landtags begannen am Montag die Beratungen über den Haushalt des Ministeriums des Innern. Der Etat soll in zwei Abschnitten — Allgemeines und Schutzpolizei — behandelt werden. Die Redezeit ist beschränkt. Im Gegensatz zu den Beratungen im vorigen Jahre ging die Debatte gestern sozusagen bei gedämpftem Trommelklang vor sich. Die Deutschnationalen machten durch ihren Redner, Herrn von der Osten, einen Vorstoß gegen das Streikrecht der Landarbeiter. Zugleich wurde von ihm das Gekränk neuer innerer Unruhen recht grell an die Wand gemalt. Um auf alle Fälle gerüstet zu sein und den Staat vor „schweren Erschütterungen“ zu bewahren, müsse die Regierung schon jetzt Abwehrmaßnahmen vorbereiten. Insbesondere sei zur Abwehr etwaiger Landarbeiterstreiks die Technische Nothilfe auszubauen. Auch die Gemeindebehörden müßten in Zukunft das Recht bekommen, die Technische Nothilfe einzusetzen. Ungerechtfertigte Streiks seien unter allen Umständen zu verbieten. Herr von der Osten wurde in seinen scharfmacherischen Plänen sowohl von dem Redner der Deutschen Volkspartei, Herrn von Cuernern, als auch von dem Redner der Demokraten, Herrn Dominicus, unterstützt. Beide forderten einen weiteren Ausbau der Technischen Nothilfe. Der Redner der Rechtssozialisten, Franz Krüger, stimmte mit einigen Einschränkungen ebenfalls einem weiteren Ausbau der Technischen Nothilfe zu.

Minister Severing gab der Auffassung Ausdruck, daß die politische Lage in den nächsten Wochen und Monaten infolge des wirtschaftlichen Drucks zweifellos noch gespannter werden könne. Die Regierung verfolge sehr aufmerksam jede Bewegung, und Herr von der Osten, so betonte der Minister weiter, könne versichert sein, daß sich die preussische Regierung allen politischen Schwierigkeiten gewachsen zeigen werde. Man müsse sich aber vor Uebertreibungen hüten. Zur Frage der Technischen Nothilfe erklärte Herr Severing, daß es sein Streben sei, die Technische Nothilfe zu einer vollständigen Einrichtung des ganzen Volkes zu machen.

Alle diese Anklaffungen sollten die Gewerkschaften veranlassen, ihr Augenmerk mehr als bisher auf die Technische Nothilfe zu richten. Es ist Gefahr im Verzuge! Mit dem Begriff „Lebenswichtiger Betrieb“ wird schon heute großer Unfug getrieben. Ist die Technische Nothilfe erst weiter „ausgebaut“, dann kann durch sie in Zukunft nahezu jeder Streik unmöglich gemacht werden. Denn es kommt dabei ganz auf die Auslegungsbefugnis der Behörden an, die je nach dem politischen Wind schließlich jeden Betrieb für lebenswichtig erklären.

Auf diesen Umstand wies vor allem der Redner unserer Fraktion, Genosse Leib, hin. Er kritisierte das mangelnde soziale Verständnis jener Redner, die immer nur über die Streiks der Arbeiter und Beamten zeteren, es aber unterlassen, den Ursachen nachzuspüren. Jeder Polizei noch Technische Nothilfe könnten die Ursachen der wirtschaftlichen Kämpfe beseitigen. Es sei Aufgabe der Gewerkschaften, bei den Streiks in lebenswichtigen Betrieben für die Weiterführung der Notstandarbeiten zu sorgen. Geeignete Vorschläge seien schon gemacht worden. Offenlich würden sie auch bald in die Tat umgesetzt. Aufgabe des Staates müsse es sein, vorbereitende Maßnahmen gegen ein weiteres Umsichgreifen der sozialen Verelendung zu treffen. Die Teuerung steige von Tag zu Tag. Für Kartoffeln würden heute schon Preise bis zu 300 M. pro Zentner gefordert. Dazu komme noch Brotmangel und Stenerndruck und die unerhörte Ausbeutungspolitik der agrarischen Kreise. Durch solche Verhältnisse würden die Arbeiter geradezu zu Ver-

zweiflungsbaktionen getrieben. Ueber sie zu rechten, ließe aber weder dem Staat noch den bürgerlichen Parteien an, solange sie nicht für bessere Verhältnisse sorgten. Genosse Leib wandte sich dann der Reform der inneren Verwaltung zu. Der Fall Winnig beweise, wie notwendig eine Veränderung des bisherigen Disziplinarrechts sei. Im Falle Kachne habe man erlebt, daß nach der Entwaffnung dem Gutshof ein starker polizeilicher Schutz zugesagt worden sei. Das sehe recht stark nach einer Bevorratung aus.

Minister Severing erklärte in einer Erwiderung, daß die Vorarbeiten für ein neues Disziplinarrecht beendet seien. Dem Landtage werde im Herbst eine diesbezügliche Gesetzesvorlage zugehen.

Bei den Beratungen am Dienstag wurden in der Hauptsache Fragen der Personalpolitik behandelt. Ein Redner des Zentrums betonte dabei ganz mit Recht, daß die Finanzlage des Reiches zur größten Sparhaftigkeit verpflichte. Eine Vereinfachung der Verwaltung sei deshalb dringend geboten. Die Deutschnationalen, die auch sehr viel von Sparhaftigkeit zu reden wissen und diese Tugend besonders dann lobend hervorheben, wenn sie auf den alten Staat zu sprechen kommen, scheinen aber von einer Vereinfachung der Verwaltung nicht viel wissen zu wollen. Die Drangsalierungen, denen linksgerichtete Beamte durch die Treibereien der Deutschnationalen ausgesetzt sind, kamen gleichfalls zur Sprache. Republikanische Landräte erklärten frei und offen, daß sie das Spiel nicht länger mitmachen können. In Schlesien ist es den deutschnationalen Herrschaften gelungen, drei Landräte das Leben so sauer zu machen, daß sie „freiwillig“ zurücktraten und dann durch rechtsstehende Landräte ersetzt wurden. Die Deutsche Volkspartei war über diesen Wechsel sehr entsetzt.

Genosse Rabold lenkte die Aufmerksamkeit des Ministers auf das Treiben der Deutschnationalen in Ostpreußen und fragte, welche Maßnahmen die Regierung dort zum Schutze der republikanischen Einrichtungen getroffen habe. Sonderbar müsse es berühren, daß die Geheimorganisation O (Kapitän Ehrhardt), über deren Gefährlichkeit seit dem Erberpermorde doch volle Klarheit herrsche, von der preussischen Polizei so gut wie unbekannt gelassen werde. Warum werde diese Organisation nicht endlich zerlegt und ihre Führer dem Staatsanwalt übergeben?

Minister Severing erwiderte, daß die Untersuchung gegen die Organisation O von der badischen Staatsanwaltschaft, der die Verfolgung der Mörder Erbergers obliege, geführt werde. Ueber die Gefährlichkeit der Organisation O sei auch er sich im Klaren. Die Untersuchung habe ergeben, daß von München aus die Organisation ihre Zäden nach Frankfurt a. M., Berlin, Pommern, Ostpreußen und Schlesien gesponnen und dort Zweigorganisationen eingerichtet habe. Der demnächst in Baden stattfindende Prozeß würde die notwendige Aufklärung bringen.

Von deutschnationaler Seite wurde dann noch ein Vorstoß unternommen, um von der Regierung Aufklärung über ihre Absichten bezüglich der Neuwahlen der Gemeindevertretungen zu erhalten. Minister Severing erklärte, die Regierung hoffe spätestens bis zum Herbst mit der neuen Gemeindeverfassung fertig zu sein. Die Wahlen könnten dann im nächsten Frühjahr stattfinden. Dieser Zeitpunkt dünkte den Deutschnationalen zu spät, sie regten an, gegebenenfalls durch eine Notverordnung die Wahlen schon früher anzuberaumen. Von den Rechtssozialisten erklärte der Abgeordnete Limberg, seine Partei wünsche die Wahlen spätestens für den Herbst dieses Jahres.

Die Kommunisten in den Gewerkschaften

Eine neue Ära der Zellenbildung

Die Moskauer Internationale scheint es für notwendig zu halten, dem zersetzenden Kampf der Kommunisten in den Gewerkschaften einen neuen Anstoß zu geben. Die jüngst in Moskau beendete Tagung der erweiterten Exekutive der kommunistischen Internationale hat eine Resolution zur Gewerkschaftsfrage angenommen, in der zunächst bestätigt wird, daß an den Beschlüssen des dritten Kongresses zur Gewerkschaftsfrage prinzipiell nichts geändert zu werden braucht. Die Praxis der Berichtsperiode habe die seinerzeit aufgestellten Richtlinien als richtig und zweckmäßig bestätigt. Nach einer Schilderung der allgemeinen Lage der Gewerkschaftsbewegung in allen Ländern erklärt die Resolution, daß diese Lage äußerst günstig sei für die weitere Entfaltung und Vertiefung der Tätigkeit zur Eroberung der Gewerkschaften. Daran schließt sich der entscheidende Absatz der Resolution an, der folgenden Wortlaut hat:

4. In einigen Ländern ist die K.O.Z. bis jetzt nur eine Strömung innerhalb der alten Organisation, in andern umfaßt sie die tatsächliche Majorität der Mitglieder, und in dritten — schon die Gewerkschaftszentren. Von dieser Sachlage ausgehend, ist es Aufgabe der Kommunisten, dort, wo die K.O.Z. nur eine bloße Strömung ist, innerhalb jeder Gewerkschaft, national oder international, alle jene Arbeiter zu sammeln zu einem festen Kraftzentrum, die gewillt sind, ernsthaft den Kampf gegen die Bourgeoisie aufzunehmen und durchzuführen. Wo wir eine Majorität revolutionär gesinnter Arbeiter in den Gewerkschaften haben, ist es Aufgabe der Kommunisten, für den länderweisen Anschluß an die K.O.Z. einzutreten.

Das ist die praktische Weisung für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften. Sie läuft auch jetzt wieder auf die Bildung besonderer kommunistischer Zentren in den Gewerkschaften hinaus, denn nur in diesem Sinne kann es verstanden werden, wenn es als Aufgabe der Kommunisten bezeichnet wird, „alle jene Arbeiter zu sammeln zu einem festen Kraftzentrum, die gewillt sind, ernsthaft den Kampf gegen die Bourgeoisie aufzunehmen und durchzuführen“. Das ist die Aufforderung zur Bildung besonderer kommunistischer Organisationen, die innerhalb der einzelnen Gewerkschaften ihre Wirksamkeit entfalten sollen. In einem weiteren Absatz der Resolution wird den in der Minorität stehenden Kommunisten die Forderung gegeben, „in den entsprechenden Organisationen zu verbleiben und für die Durchführung des Programms und die Taktik der Minorität zu kämpfen“. Wo indes diese Minorität durch den vermittelnden Zellenkampf der Kommunisten in eine Majorität verwandelt werden konnte, „ist es Aufgabe der Kommunisten, für den länderweisen Anschluß an die K.O.Z. einzutreten“, die Gewerkschaften also international zu zerschlagen.

Es ist in der Tat so, wie die Resolution einleitend sagt: Am Kampfe der Kommunisten in den Gewerkschaften und gegen die Gewerkschaften wird „prinzipiell nichts geändert“. Infolgedessen bleiben auch die Wirkungen dieser Bewegung die gleichen. Wenn diese Aktion der Internationale zu einem neuen Aufschwung des kommunistischen Zellenwesens in den Gewerkschaften führen sollte — und das ist wohl ihr Zweck —, dann muß auch alles wieder in Erinnerung gebracht werden, was wir von jeher gegen diese den Gewerkschaftskampf schädigende Methode der Kommunisten gesagt haben. Es ist pure Heuchelei, wenn die Resolution der Exekutive in den Schlussabsätzen immer wieder erklärt, die Gefahr der Spaltung der Gewerkschaften werde heraufbeschworen durch das Verhalten der Gewerkschaftsvorstände, und die Massen müßten „erkennen, wo die Spalter sitzen“. Sie sitzen nach Ansicht der Exekutive bei den Stellen, „die die Bildung eines Kräftezentrums gegen das mächtige Unternehmertum verhindern“. Sie sitzen aber in Wirklichkeit, wie die Praxis der kommunistischen Gewerkschaftstaktik bewiesen hat, bei denen, die die Bildung dieses besonderen kommunistischen Kraftzentrums innerhalb der Gewerkschaften anstreben. Die kommunistische Zellenstaktik muß für die Dauer zur Zerreißung der gewerkschaftlichen Organisationen führen. Wird diese Zellenbildung mit allen ihren bekannten Folgeerscheinungen zu einer neuen Wille geführt, so muß unbedingt auch die Abwehr der verantwortlichen Körperschaften der Gewerkschaften gegen dieses verwerfliche Treiben mit neuer Energie und mit allen Mitteln einsehen.

Die Resolution der Exekutive sagt aber nur das, was Leute, die grundsätzlich nur durch List und Betrug ihrem Ziele näher zu kommen suchen, vor der Öffentlichkeit zu sagen pflegen. Was sie verschweigt, was man aber auch wissen muß, um Wesen und Wirkung der kommunistischen Gewerkschaftstaktik zu begreifen, werden wir demnächst in einem besonderen Artikel darlegen.

Ausnutzung des Siedlungslandes

Der Landwirtschaftsminister weist in einer neueren Verfügung auf die bedauerliche Erscheinung hin, daß die Siedlungsstellen bei der Aufteilung großer Güter stellenweise eine im Verhältnis zum Umfange des Auktionsobjektes zu geringe Zahl von Kleinststellen einrichten und zu große Restgüter belassen. In der heutigen Zeit, in der die Nachfrage nach Kleinststellen nicht annähernd befriedigt werden könne, müsse das Verhalten der Siedlungsorgane auf Verbiegung des Landbesitzes möglichst vorteilhaft für die Siedler gerichtet sein. Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, soll deshalb die Auslösung von Restgütern und sonstigen größeren Stellen auf ein tunlichst geringes Maß eingeschränkt werden. Diese Gesichtspunkte sind besonders dann zu beachten, wenn die Siedlungsstellen den Landbesitzern den Veräußerungen des Reichsbesitzes entgegen verstanden. Um den Siedlungsbedarf möglichst vollkommen zu erreichen, muß das vorhandene Siedlungsland durch intensive Besiedlung bestmöglichst ausgenutzt werden.

Die kommunistische Funkenstation

Ein fetter Sensationshappen

Die bürgerliche Presse bringt über die Aufhebung der kommunistischen Funkenstation in der Linienstraße sensationelle Berichte. Wie behauptet wird, ist es den Behörden schon seit längerer Zeit aufgefallen, daß die „Note Fahn“ Telegramme aus Rußland veröffentlichte, die ihren Weg nicht über die Post genommen hätten. Die Nachforschungen führten dann zu der Entdeckung der geheimen Funkenstation in der Linienstraße, die von dem Mechaniker Ahrens besetzt wurde. Ahrens ist flüchtig geworden. Die Funkenstation soll sehr modern ausgestattet gewesen sein. Allerdings konnten durch sie nur Telegramme aufgenommen, nicht aber weitergegeben werden. Wie Ahrens in den Besitz der Funkenanlage gekommen ist, steht noch nicht fest. Er soll früher bei der Post tätig gewesen sein und dort die Funkenrichtungen genau kennen gelernt haben. Ferner wird behauptet, daß unter den beschlagnahmten Dokumenten geheime Aufzeichnungen vorhanden gewesen seien, die nur bei den Postbehörden entwendet werden konnten. Diese Aufzeichnungen sollen Ahrens in die Möglichkeit versetzt haben, seinen Apparat auf die verschiedensten Wellenlängen und Aufzeichen einstellen zu können, so daß er neben den Nachrichten aus Rußland auch andere Funksprüche auffangen konnte.

Von dem verhafteten Stadtrat Anton Orlewicz wird behauptet, daß er Leiter einer kommunistischen Nachrichtenzentrale sei und als solcher Verbindungen mit der Funkenstation unterhalten habe. Weitere Verhaftungen werden angekündigt. Wie verlautet, soll gegen die Beschuldigten ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet werden. Der Oberreichsanwalt sei bereits in Kenntnis gesetzt. Im Zusammenhang mit der Affäre steht eine Hausdurchsuchung, die gestern nachmittag in der kommunistischen Zentrale in der Kosenhofer Straße und in der Gewerkschaftszentrale in der Mühlstraße stattgefunden hat. Im Hauptausgang des preussischen Landtages erklärte Minister Severing, daß er nicht in der Lage sei, nähere Einzelheiten über den Vorfall bekanntzugeben. Er wies aber die Kommunisten darauf hin, daß ihre Nachrichtenorganisation nicht mehr so gut funktioniere, wie im Jahre 1919. Es seien da verflucht schlechte Strategen am Werke.

Anscheinend ist die kommunistische Nachrichtenorganisation, soweit eine solche überhaupt bestehen sollte, schon wieder dermaßen mit Spitzeln durchsetzt, daß die Behörden über jeden einzelnen Vorgang eingehend unterrichtet werden. Ob die Kommunisten endlich einsehen werden, daß mit illegalen Spielereien und anderer unterirdischer Tätigkeit keine Politik gemacht werden kann, muß bezweifelt werden. Die Botschaft, die immer noch in gewissen „führenden“ Köpfen spult, zwingt zwangsläufig zu derartigen Unvernunftigkeiten.

Eine überflüssige Körperschaft

Der preussische Staatsrat trat Dienstag nachmittag zu einer neuen Sitzung zusammen. Nach einer Uebersicht über zu erledigende Vorlagen, die der Präsident Abenauer den Mitgliedern des Staatsrats zugewandt hat, sollen insbesondere die mannigfachen Streitfragen, die über die staatsrechtliche Stellung und die Aufgaben des Staatsrats zwischen der Mehrheit dieser Körperschaft und der preussischen Staatsregierung bestehen, zum Anstrag kommen. Es dürfte aber kaum gelingen, eine restlose Beseitigung der Meinungsverschiedenheiten zu erreichen. Als besonderer Punkt muß dabei der Antrag unserer Genossen gemeldet werden, der eine Aufhebung der Verfassungsbestimmungen über den Staatsrat verlangt. Die bürgerliche Mehrheit will von diesem Antrag nichts wissen. Andererseits hat der preussische Landtag immer noch nicht das Recht der Verfassungserforderliche Diätengesetz für den Staatsrat erledigt. Doch soll es am 21. März dieses Jahres beraten werden, so daß die Hoffnung besteht, daß am Jahresschluss des ersten Zusammentretens des preussischen Staatsrats das Gesetz über seine Diäten fertig ist.

Aus dem Rathhause

Aufsäumnungsarbeiten

Die gestrige außerordentliche Stadtoverordnetenversammlung war ehe zu dem Zweck einberufen worden, die Fülle der Anträge, die nie in erhebliches Uebel von der Tagesordnung einer Sitzung auf die der anderen übernommen werden, endlich einmal aufzuarbeiten. Es wurden vom Magistrat eine Reihe von Anfragen beantwortet, darunter befand sich auch die Anfrage, weshalb die Giro-Zentrale der Stadt Berlin unmittelbar nach dem städtischen Streit eine Anfrage an ihre Untertassen gerichtet hatte, in der genaue Auskunft über die Zahl und Höhe der von den Gewerkschaften errichteten Konten gefordert wurde. Der Kammerer erklärte daselbe, was seinerzeit auch von uns als amtliche Antwort veröffentlicht worden ist, daß nämlich durch Umfrage lediglich das Ergebnis einer Werberaktion festgestellt werden sollte. Genosse Reimann machte für unsere Fraktion einige Ausführungen in dieser Sache und richtete an den Kammerer das Ersuchen, bei ähnlichen Gelegenheiten künftig nicht so ungeschickt vorzugehen, es müsse doch zugegeben werden, daß zumindest der Zeitpunkt für eine solche Umfrage ungünstlich gewählt war. Der Kammerer stimmte dem zu. Ein Dringlichkeitsantrag der Stadt, Göbel und Gen. (SPD), der auch von unserer Fraktion seinerzeit unterstützt worden war, betraf die im Hungerstreik befindlichen Gefangenen im Gefängnis zu Lichtenburg. Genosse Dr. Weinberg unterstützte den Antrag auf Amnestie der politischen Gefangenen für unsere Fraktion und wandte sich besonders gegen den Antrag des Stadtoverordneten Dr. Gynern, der Übergang zur Tagesordnung beantragt hatte. Die bürgerliche Mehrheit beschloß indes den Übergang zur Tagesordnung.

Um in der Bekämpfung der Schundliteratur von den platonischen Erörterungen und den statischen Feststellungen endlich zur Tat überzugehen, hatte unsere Fraktion beantragt, aus städtischen Mitteln 250 000 Mark zum Anschaffen guten Cellophanes für die Schulfugend bereitzustellen. Diesen Antrag begründete Genosse Ruhebeck mit warmherzigen Worten. Er schilderte die geistige Not der Jugend, in der sie sich außer der materiellen Not infolge der Vergiftung durch die Schundliteratur befinde. Der Antrag wurde geschäftsordnungsgemäß einem Ausschuss überwiesen.

In der gleichen Sitzung fand die Wahl der von der Stadtoverordnetenversammlung vorzuschlagenden vier Ausschussratsmitglieder für die Berliner Anschlagungsgesellschaft m. b. H. statt. Von der verkundenen Liste der beiden Rechtsparteien wurden zwei Mitglieder gewählt, eines von der Liste der SPD, und der Genosse Buhly von der Liste der USPD.

Die Erfahrungsprache für Oberstleuten. Die Postkonferenz hat dem deutschen Posthalter in Paris mitgeteilt, daß sie die Forderungen der deutschen Regierung an die Willkürten, Ersatz für Schäden zu leisten, die im Abstimmungsbereich während der Besatzungszeit durch die verschiedenen politischen Aufflände entstanden sind, ablehnt. Die Postkonferenz müsse jetzt nicht in eine Erörterung darüber eintreten, wer für die Unruhen verantwortlich sei.

Der Mann mit der eisernen Stirn

Die Steuerdebatte im Reichstag — Hermes antwortet mit Verleumdungen

Im Verlaufe der gestrigen Steuerdebatte kam es im Reichstage zu stürmischen Szenen. Die Beratung des Vermögenssteuer-Gesetzes ging zwar zwar platt vorüber, nachdem alle Anträge der sozialistischen Parteien von dem geschlossenen Bürgerblock abgelehnt und gegenüber den Ausschussbeschlüssen noch eine weitere wichtige Verschlechterung bezüglich der Veranlagung der Landwirte beschlossen war. Bei der Vermögenszuwachssteuer ergab sich daselbe Bild.

Bei der Nachkriegsgewinnsteuer, die dem Kompromiß zuliebe geopfert worden ist, gab es stürmische Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Rechtssozialisten. Ein sachlich nicht gerechtfertigte Befreiung gerade derjenigen, die in der Nachkriegszeit infolge der Not der Massen riesige Vermögenssteigerungen zu erzielen vermochten, wurde von dem Genossen Soldmann und den kommunistischen Rednern scharf verurteilt. Anstatt dagegen sachlich zu polemisieren, gestiel sich der Rechtssozialist Rahmann in einer in diesem Augenblick überaus häßlichen Polemik gegen die Kommunisten. Er warf ihnen doppelte Moral vor, weil ihr Abgeordneter Barth für einen Parteifreund die Einzeichnung in die Anwesenheitsliste vorgenommen hatte. Daß darauf Koenen mit der Feststellung antwortete, daß diejenigen, die Hermes decken, keinen Anlaß zur Entrüstung über Barth haben, war eine ebenso berechtigte wie unüberlegliche Abwehr.

Das Unglaubliche ereignete sich, als nun Hermes, der bisher keine der gegen ihn vorgebrachten Tatsachen abgestritten vermochte, den traurigen Mut besaß, seine Angreifer der Verleumdung zu reihen. Trotz des Versuches, besonders der beiden Rechtsparteien, Hermes, diesen mit dem Rohel der persönlichen Unehrenhaftigkeit herumlaufenden Streber, unter allen Umständen zu decken, gelang es Genosse Herx, ihm eine kurze, aber dafür umso kräftigere Antwort auf seine Unverschämtheit zu erteilen. Daß es zu dieser dem Ansehen der Republik und des Reichstages gleichermachen schädlichen Szene gekommen ist, ist lediglich die Schuld des Reichskabinetts, das entgegen seiner früheren Haltung die Neigung zu verspielen scheint, Hermes unter allen Umständen vor den Angriffen, auch wenn sie noch so berechtigt sind, zu schützen, ohne zu bedenken, daß das seinem eigenen Ansehen im Inlande und Auslande nur schaden kann.

Der Sitzungsbericht

Präsident Ede eröffnete die Sitzung 2 Uhr 15 Minuten. Die Beratungen über das Vermögenssteuergesetz werden fortgesetzt. § 21 bestimmt die Steuerföhe. Die Regierungsvorlage begann bei einem Vermögen von 100 000 M. mit einem Steuerföhe von eins pro Tausend, und steigt bei einem Vermögen von über 20 Millionen auf 10 pro Tausend. Nach den Ausschussbeschlüssen soll der niedrigste Satz für alle Vermögen nicht über 500 000 M. erhoben und erst bei 27 Millionen Mark der Höchstsatz von 10 pro Tausend erreicht werden. § 22 bestimmt die Zuschläge, die als Ertrag des Reichsnoteopfers gedacht sind. Die Regierungsvorlage setzte die Zuschläge auf 100 Prozent bei einem Vermögen von 100 000 M. fest und steigerte sie bei einem Vermögen von über eine halbe Million auf 200 Prozent. Die Ausschuss ermäßigte den Höchstsatz auf 200 Prozent.

Abg. Herx (USP.) beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Zuschläge einen ausweichenden Ersatz für das fortgesetzte Noteopfer nicht darstellen. Die Auffassung, daß das Noteopfer die Substanz erschöpfte, ist unrichtig. Die Geldentwertung hat es den Bestehenden überaus leicht gemacht, das Noteopfer aus den Erträgen ihres Vermögens zu bezahlen. Der Zuschlag muß in einer Höhe festgelegt werden, die eine tatsächliche Belastung des Besitzers der Sachwerte darstellt. Wir beantragen, die Zuschläge zur Reichsvermögenssteuer bei einem Vermögen von über 500 000 M. auf 200 Prozent der Vermögenssteuer festzusetzen.

Abg. Helfferich wendet sich gegen diesen Antrag und beantragt, die festverzinslichen, auf deutsche Währung lautenden Ertragsanleihe von den Zuschlägen auszunehmen.

Abg. Böckelmann (SPD.): Nach der Vorlage wird ein Vermögen von 1 100 000 M. an Steuern und Zuschlägen mit noch nicht 40 Pf. pro 100 M., bei 2 100 000 M. Vermögen mit noch nicht 84 Pf., und erst bei 25 Millionen Mark Vermögen mit 221 M. auf je 100 M. Vermögen belastet. Wir beantragen daher die Sätze entsprechend herabzusetzen.

Nachdem Helfferich und ein Regierungsvertreter gegen diese Anträge gesprochen, erfolgt die Abstimmung über die §§ 16—24. Alle Änderungsanträge werden gegen die Stimmen der vier sozialistischen Fraktionen abgelehnt.

Bei § 25, der bestimmt, daß die Vermögenssteuer für drei Kalenderjahre veranlagt wird, beantragt Helfferich (Komm.) daß die Veranlagung steuerpflichtiger Vermögen am Ende des Kalenderjahres entwerfend der Geldentwertung geschehe. Abg. Rahmann (SPD.) bezeichnet diesen Antrag als steuerrechtlich undurchführbar.

Abg. Herx (USP.): Der Gedanke des kommunistischen Antrags findet unsere Zustimmung. Es ist jedoch unserer Meinung nach unmöglich, alljährlich eine neue Veranlagung vorzunehmen, da die Finanzämter die Arbeiten nicht bewältigen können, aber dieser Zustand darf nicht dazu führen, die Steuerlasten der Bestehenden noch weiter herabzudrücken. Die bürgerlichen Parteien verlangten im Ausschuss eine automatische Anpassung an die Geldentwertung. Ihr Verlangen ist jedoch von dem Wunsche der Herabdrückung der Belastung des Besitzes aus, während wir im Gegenteil eine automatische Anpassung im Sinne einer gesicherten Belastung des Besitzes fordern. Wir müssen Vorlage treffen, um für eine Zeit der Geldentwertung eine stärkere Heranziehung der Sachwertbesitzer zu ermöglichen. Ich beantrage einen Anlauf zum Antrag Koenen, demzufolge das Finanzministerium mit Zustimmung des Reichsrats und eines Ausschusses des Reichstags die Bestimmungen über die Veranlagung erlassen sollen.

Die beantragten Änderungen werden abgelehnt. Beim § 43 verläßt Abg. Herx (USP.) nochmals die Verschlussschleuse, die durch die Ausschussbeschlüsse für die Ertragsanleihe geschaffen sind, wieder zu beseitigen. Auch diese Änderungen werden abgelehnt und § 43 in der Ausschussfassung angenommen.

Im weiteren beantragt Abg. Herx (USP.), um der Steuerhinterziehung entgegenzuwirken, bei der Veranlagung die Finanzämter anzuweisen, bei Bedarf die Vorlegung der Einkünfte- und Neuversicherungsanträge zu verlangen. Die Schmutzfäden und Wertgegenstände sind fast alle gegen Einbruch und Feuer versichert. Die Policen können daher sehr zureichende Anhaltspunkte für richtige Veranlagung geben. — Der Antrag wird abgelehnt — Es folgt die

Beratung des Vermögenszuwachssteuergesetzes

bei der unsere Genossen vergeblich versuchen, die steuerpflichtige Grenze herabzusetzen. Eine etwas längere Debatte entspinnt sich über den § 16. Dieser Paragraf legt die Steuerföhe fest. Nach der Regierungsvorlage soll ein Vermögenszuwachs von

100 000 M. mit 1 Proz., steigend bis zum Vermögenszuwachs von über 6 Millionen auf 10 Proz., belastet werden. Der Ausschuss hat die Steuergrenze für den niedrigsten Steuerföhe auf 200 000 M. festgelegt. — Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Soldmann (USP.): Dauernd wird von der Rechten behauptet, daß dem Schieber- und Wucherer energisch entgegenzutreten werden müsse. Hier aber, wo man die Schieber und Wucherer an ihren Gewinnen, die sie aus der Not des Volkes gemüht haben, lassen kann, läßt man mit einemmal ganz andere Töne hören und bezeichnet die Vorlage als unerschütterlich. Wir müssen uns vorbehalten, Anträge zu stellen, die auch der Lasten entgegengewirkt, daß der Gesehenswert eine stoffende Lücke läßt für die Erhebung der Vermögenszuwachssteuer für die Zeit nach dem 31. Juli 1921 bis 31. Dezember 1921.

Die Änderungsanträge werden abgelehnt. Die übrigen Paragraphen des Gesetzes werden ohne wesentliche Debatte angenommen.

Besteuerung des Vermögenszuwachses aus der Nachkriegszeit.

Die Kompromißparteien verlangen, daß dieses Gesetz überhaupt fällt.

Abg. Curt Geyer (USP.): Bei denen, die keinen Vermögenszuwachs haben, ist die Steuerföhe bis zum letzten Ende angepaßt. Hier aber, wo es sich um eine Besteuerung des Bestehenden handelt, beantragt man, den Gesehenswert völlig lassen zu lassen.

Abg. Soldmann (USP.): Die Steuer aus dem Vermögenszuwachs der Nachkriegszeit sollte ursprünglich 3 Milliarden Mark bringen. Es sind ganz gewaltige Gewinne in der Nachkriegszeit erzielt, also großer Vermögenszuwachs entstanden. Demgegenüber sind die Milliarden eine lächerlich geringe Belastung. Durch das Verlangen der Kompromißparteien sollen alle die Schieber, Wucherer und sonstigen Ganner, die sich an der Not des Volkes bereichert haben, unbesteuert bleiben. Man verzichtet statt auf die 3 Milliarden Mark, die dieser Entwurf bringen sollte, hier wäre die Möglichkeit gegeben, alle jene heranzuziehen, die während und nach dem Kriege die Not des Volkes ausnützten, durch Raub am Volke reich machten. Die Regierung muß erklären, was in die Lücke treten soll, die durch die Preisgabe dieses Gesetzes gerissen wird. (Beifall bei der USP.)

Abg. Koenen (SPD): Die größte Arbeiterpartei der Welt, die deutsche Sozialdemokratie, erweist sich mit der Zustimmung zu der Preisgabe dieses Gesetzes als der größte Schöpfer der grimmigsten Feinde der Arbeiterklasse.

Abg. Soldmann (USP.): Die Regierung selbst hat in ihrer Begründung des Gesetzes über die Nachkriegsgewinnsteuer darauf hingewiesen, daß diese Steuer in einer Zeit, wo die Vermögen der Armen nichts zu leben haben, verbungern müssen, nur, ein Akt der Gerechtigkeit sei. Während man einer Frau, die 2079 Mark jährliches Einkommen hat, 10 Prozen Steuern abzieht, wird die Mehrheit des Hauses einer Sippe von Wucherern und Schiebern ein Geschenk von 3 Milliarden Mark in den Schoß!

Ein Antrag Geyer (USP.) auf Verlegung der Debatte bis zur Anwesenheit der Regierung, wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt. Nachdem Abg. Fried (Dem.) die Zurückziehung dieser Steuer verteidigt hat, wendet sich Abg. Rahmann (SPD.) in der schärfsten Weise gegen die Kommunisten. Die Kommunisten schreien nur, ihnen fehlt die innere Aufrichtigkeit. Die Moral, die sie hier in der Steuerdebatte entpuppen, ist dieselbe, die der kommunistische Abgeordnete Barth bei Ätate, als er den Namen seines Parteifreundes Fries auf die Anwesenheitsliste des Reichstages setzte, um für diesen 100 Mark herauszuholen. (Tumult links. — Lebhafter Beifall.)

Abg. Koenen (SPD.): Die Dreckschreiberpolitik, die Rahmann hier gegen die Kommunisten betrieben hat, in dem er den von Soldmann „enthüllten“ Vorkall, daß ein kommunistischer Abgeordneter einen anderen Namen mit in die Präsenzliste eingetragen hat, hier in der Steuerdebatte breit tritt, verdeckt nicht den Steuerraub, den die Sozialdemokraten an der Arbeiterklasse begehen. Solange Sie den korrupten Minister Hermes, von dem festgestellt ist, daß er billigen Wein gegen Gegenleistungen bezogen hat, dulden, solange haben wir keine Veranlassung, unseren Abgeordneten zurückzurufen.

Hermes wird unverschämmt.

Reichsfinanzminister Hermes legt Verwahrung ein gegen die persönlichen Anschuldigungen, die Koenen gegen ihn erhoben hat. Es droht Methode zu werden, die politischen Gegner durch infame Verleumdung unmöglich zu machen.

Abg. Herx (USP.): Der Reichsfinanzminister Hermes hat erklärt, es sei politische Methode geworden, aber es drohe politische Methode zu werden. Minister durch infame Verleumdungen unmöglich zu machen. Zu dieser ersten Verleumdung, die der Minister Hermes macht, seit die Angriffe gegen ihn erhoben worden sind, habe ich einige tatsächliche Feststellungen zu machen. (Lebhafter Beifall rechts.) Gegen die Angriffe Verwahrung einzulegen, als gegen eine infame Verleumdung, ist eine Unverschämtheit. (Beifall links; Tumult rechts, Ordnungsruf. — Die Worte des Redners gehen im Lärm unter.) Es sind keine Verleumdungen gegen den Minister erhoben worden, sondern man hat lediglich Tatsachen festgestellt. Tatsachen, die allerdings äußerst traurig waren. Weder der Minister Hermes selbst, noch die Reichsregierung hat ein Wort der Erwiderung auf diese Tatsachen gehabt. (Erneuter großer Tumult rechts.) Auch die Reichsregierung hat sich zu diesen Tatsachen nicht geäußert, trotzdem die Reichstagsfraktion der USPD hier in zwei Schreien dazu Gelegenheiten gegeben hat, und obwohl die frühere Regierung im Hauptauschuss des Reichstags die Erklärung abgegeben hat, daß sie mit keinem Minister zusammenarbeiten könne, an dessen Ehre irgendwelche Mafel hänge. (Nach einer Ermahnung des Präsidenten, den Redner doch ruhig anzuhören, legt sich der Tumult etwas.) Wir haben keine Verleumdungskampagne gegen Hermes eingeleitet, sondern haben nur dafür sorgen wollen, daß die Grundlätze der Sauberkeit auch bei den Ministern der Republik Anwendung finden. (Beifall bei der USPD.)

Nach einer persönlichen Erklärung des Abg. Koenen (SPD.) wird der Gesehenswert über die Nachkriegsgewinnsteuer von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Gesehenswert über die Körperschaftsteuer wird in der Ausschussfassung unter Ablehnung aller von links und den Kommunisten gestellten Verbesserungsanträge angenommen. Auf Antrag Herx (USP.) verläßt sich der Reichstag auf Mittwoch, 2 Uhr, Tagesordnung: Steuergesetze. Schluß 4/8 Uhr.

Schiffsunfall auf der Oder. Der Elddampfer „Mönn“ vom Berliner Lloyd, der einen Anhängelahn mit Reis und Reis Hirte 44 führte, lief bei Schiedam mit einem Tot abwärtis fahrenden Kahn, der mit Steinkohlen beladen war, zusammen. Beide Kähne sind mit ihrer wertvollen Ladung gesunken.

bei Husten, Heiserkeit, Asthma und Lungenerkrankungen
San-Rat
Dr. Wegscheiders Brust-Tee
nach Original-Vorschrift seit Jahren Arzt, empl. u. bew. Pakete 1/2, 50 u. 22,50 M.
am Dönhofsplatz,
Eleanora-Apothek, Leipziger Straße 74
Karlshof, Leipzig 1920

Theater-Veranstaltungen

Polisbühne
7 1/2 Uhr:
Die Hatten

Neues Volkstheater
Spendierstraße 64
7 1/2 Uhr: Fälliger

Staatstheater
Opernhaus
7 1/2 und 9 1/2 Uhr
Tannhäuser
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr:
Campus in Babylon

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr:
Cyrano von Bergerac
Kammerstücke
7 1/2 Uhr:
Der Vertrag von Nizza
Großes Schauspielhaus
7 1/2 Uhr:
Arphea in der Unterwelt

**Oper 1. u. 2.
Königsgraben Str.**
7.30: Die wunderlichen
Geschichten
des Kapellm. Kreutzer

Komödienhaus:
Der schön 10 Aufführungen
7-9 Uhr:
Karussell

Maria Orska
Zsh. Kirchner
Kathy St. Roberts

Berliner Theater:
7.30 Uhr:
Eine vom ununteren Cent
Carl Gering, Oscar Saba
Ludwig Erbel
Melitta Kiefer

Komische Oper
7 1/2 Uhr
Die große Aufführungs-
Operetten - Revue
Der Herr der Welt

Theater des Ostens
(Kino-Theater)
7 1/2 Uhr: Die 1000
Königinnen

ROTER - BÖHMEN
7 1/2 Uhr
Trianon - Theater
DER VULKAN
Kleines Theater
JACQUELINE
Residenz-Theater
Eine Frau ohne Bedeutung

Theater am Kolonnenplatz
7 1/2 Uhr:
Die Ene im Areale

Waihele-Theater
7 1/2 Uhr:
Der Hebe Augustin

Casino-Theater
7 1/2 Uhr:
Die neue Berliner Felle
Famille Gänslein

Apollotheater
Friedrichstr. 216
8 Uhr:
Naturalistisch. Ballett
Der Venusberg
Gastspiel v. Paul Beckers

Theater a. Kottbuser Tor
Tel. N. 1007
7 1/2 Uhr:
Ede-Sänger
Die Mädchen-König.
7 1/2-9 Uhr:
6-8 Uhr

**CIRCUS
RUSCH**
Tel. 7 1/2 Sonnt. n. 3 U.
Sonntags
Fahrordnung
Görner
Germanisches
Museum
„Störtebeker“
der Seefahrer
Ludwig Kiehl

Theater
7 1/2 Uhr:
Spartakus

Musiker
Für alle Gelegenheiten
mit der Besonderen
des Deutschen Musik-
Verbandes, Leiter: Wilh.
v. Sch. 31. Str. 108

Leiter.
Für unser literarisches Büro
suchen wir per sofort eine tüchtige
Kraft als

Werber müssen journalistisch be-
fähigt und in der Lage sein, die
literarische Propaganda für eine Ver-
sicherungsgesellschaft selbständig und
erfolgreich zu leiten. Vorkenntnisse
der Literatur über das Wesen der
Versicherung ist erwünscht. Vertraut-
heit mit den verschiedenen Zweigen
der modernen Arbeiterbewegung er-
forderlich.

Mitteilung mit Angabe der blie-
berigen Tätigkeit und der Gehalts-
ansprüche sind bis zum 15. April 1922
zu richten an den

Vorstand der Volksfürsorge,
Gewerkschafts-Mitglied der
Versicherungsgesellschaft
Hamburg 5, Cap. Sengstraße 5.

Suchen per sofort oder später für
Betriebskonium einen

Lagerhalter
der mit Buchführung u. Schlichterei-
betrieb vertraut ist.

Offert. mit Gehaltsangabe an den
Vorstand des Koniumvereins.
E. P. Goerz, Friedenau.

Zeißfeldstecher **Geübte Maurer**
6- und 8fach, taugt ständig
M. Stachlmann, Hugo A. Singer,
rte W.9, Potsdamer Str. 135 (Wohnung 2828) **Schöneberg, Genslerstr. 4.**

Botenfrauen sofort gesucht
Ausfragelohn
pro Monat u.
Abonnement **4.20 M.**

Spedition Wengels
D, Cadiner Straße 11
Tour: Eriebgstraße

Spedition Werner
Greifswalder Straße 29

Spedition Wulff
Choriner Straße 68

Spedition Sinner
Skalliger Straße 101

Spedition Bernsee
Steglich, Kommenstr. 59

Spedition Franke
Genter Straße 34

Spedition Franzén
Wittstocker Straße 19

Goldaten-Gold 900 gest.
14 karat. Gold 585 gest.
8 karat. Gold 333 gest.

Stück von 70 Mk. an
TRAURINGE
billiger
Stets vorrätig am Lager
Trauringfabrik Minoga
BERLIN O.
Grüner Weg 69
1. Filiale:
Presdenner Straße 31

PELZWAREN
auf Teilzahlung
Pelzwarenfabrik Kallits
Vie-Wardenberg-Str. 11
am Ebnholz Tiergarten

Deutscher Metallarb.-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Riepmann
Aleg Braese
Schöneberg, Apostel-Paulusstr. 27
am 13. d. M. s. gestorben ist.
Ehr se dem Andenken!
Die Endführung findet am
Donnerstag, den 23. März nach-
mittags 5 Uhr, an der Leichen-
halle des Krematorium Berlin,
Gerichtstraße aus statt.
Keine Betätigung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Ein Erlebnisbuch fürs Proletariat
Mag Dortu
Wir Männer
vom
Steinbruch
Elegant kartoniert 15 Mark

Buchhandlung „Freiheit“
Berlin O 2 - Breite Straße 8-9

Allg. Ortskranken-
kasse für Berlin-
Lichterfelde
Roosstraße 13.

Vom 1. April 1922
ab ist die Kasse woch-
täglich von
9 bis 1 Uhr
geöffnet.

Der Vorstand:
Sustad Eilard Dort.

Lauben-
Besitzer!

Feldwege, Dachboden,
Keller und Läger- u. Schil-
brecher aus Rohholz,
Dachstuhl und Läger, St.
Jenny u. Läger, großer
Keller, Kamin u. Kach-
platten mit Kupfer Ab-
flussröhren mit Gänge-
röhren, eine leuchtende Mi-
nutenuhr und ein an-
gebliches Bild M. G. u. G.
Gartenstraße, Gänge-
röhrenstr. 30, Potsdam-
str. 1196.

Almetalle

kauft zu Engrospreisen
J. Abusch, Metall-Euro-
O 27, Blankenburger Str. 5,
Nähe Alexanderplatz.
Fahrtkosten wird verg.

Metalltankstelle

Osten.
Ihre Tag-
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing,
Blei, Zink usw.

Fertige Betten.
Oberbetten, Unterbetten,
Kopfkissen, harte Stro-
matratzen billig, keine Kom-
missionen. Erhöhen u. Ver-
ändern 20%.

Bettstätten
Bettstätten, Betten und
Geschichte angeh. Kunst-
umwelt. Berl. i. d. Str.
G. G. n. 120, N. N. n.
C. L., Poppenstraße 8.

Jachias
Lager, Schiffs- u. Wein-
Lager, Käse in Leinwand,
Leinwand, Bierisch, umhüllt,
bitter, best. u. Referenz-
ausweise 106
108 8-3 Jacoby

Alle Vorzüge
des leistungsfähigen Geschäfts

zeigt Ihnen mein Angebot
Frühjahrs-Mantel
3 mod. Farben m. Rezipippen
4.95,00
Mantel
aus Overtweed - 575,- 600,- 625,-
Tuch - Noppen 575,- 600,- 625,-
Kostüm mit langer Jacke von
750,- 800,- 850,-
Kleider für Straße u. G. well-
wahrt von 390,- 420,- 450,-

**OSKAR
WOLLBURG**
BERLIN N. BRUNNENSTR. 56-57.



Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Einiensstraße 83-85.

Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.

Kollegen und Kolleginnen!
Am **Sonntag, den 25. und Montag, den 27. März** findet für unsere Verwaltungsstelle eine
Abstimmung

statt. Die Mitgliedschaft soll entschieden, ob es bei dem jetzigen Satzungstext bleiben soll, oder ob derselbe um eine Mark erhöht werden muß. Es ist unbedingte Pflicht der Kollegen und Kolleginnen, sich zeitlich an der Abstimmung zu beteiligen.
Abstimmungsrecht ist nur, wer mit seinen Beiträgen nicht über 6 Wochen reht.
Die Abstimmung findet statt am **Sonntag von 1 bis 6 Uhr nachmittags,**
" Montag " 2 " 7 " "

In folgenden Lokalen:

Norden	Frederichshagen
1. Zimmer, Lehmann Str. 6	52. Linus, Friedrichstr. 122
2. Varieten, Widenow- Ecke Burgdorf-Str.	Gartenfeld
3. Naß, Magstr. 12	53. Restaurant Lehmann
4. Grundmann, Waiglaues- Ecke Gersstr.	Karlberg
5. Koch, Henningendorfer Str. 13	54. Lokal Kreier
6. Frisch, Dronheimer Str. 4	Lichtenberg
7. Wende, Kolonnenstr. 147	55. Feil, Kant- Ecke Mo- artill
8. Knapp, Grünhauser Str. 6	56. Albrecht, Neue Bahnhofstr. Ecke Vorhagener Str.
9. Pöhlung, Brunnenstr. 79	57. Seibke, Kronprin- calstr. 47
10. Stein, Böhmerstr. 80	58. „Zur Wirtburg“, Frankfurter Allee 165 am
11. Eigt, Gerthstr. 74	Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde
12. Renenberg, Gartenstr. 75	59. „Zur Edelanne“, Heberstr. 23
13. Nietzmann, Kierstr. 123	Mariendorf
14. Leuchner, Kierstr. 110	60. Schretter, Chau- str. 27
15. Krüger, Hüllstr. 33	Maricnfeld
16. Corus, Batastr. 37	Neulissa
17. Dams, Schlegelstr. 9	62. Kaiser, Roddingstr. 58
18. Büttner, Schmeider Str. 23	63. Prügel, Bru- endorf- Ecke Teupiger Str.
19. Gletsche, Kopenhagener Str. 74	64. Ideal-Kaffee, Wehlstr. 8
Nordosten	65. Wichnia, Dier Str. 5
20. Epöth, Georgenkirchstr. 85	66. Rückheim, Berg- Ecke Lahnstr.
21. Kujawski, Greifswa der Str. 91	67. Cognac - Quelle, Hermannstr. am Ringbahnhof
Osten	Niederichsnieweide
22. Bähr, Stroldauer Allee 47	68. Schöps, Graf- uer Str. 8
23. Hil- der, Wum- nstraße 34	Oberichsnieweide
24. K. ien, Gubener- str. 19	69. Imberg, Wilhelmshofstr. 34
25. K. ier, Witten- er- ge 14	Pankow
Südosten	70. Schmidt, Flor- str. 15, Einnam- Gerschstr.
26. Braßer, Michaelkirch- tr. 29a	Reinickendorf West
27. Gemein- schaftshaus, Engel Ufer 24	71. Wedding, Berliner Str. 111
28. Renoit, Waldstr. 4	72. Juandheim, Scharnweberstr. 114
29. Reiner, Grünauer Str. 17	73. Bauer, Eichhorn- str. 49
30. Hellmuth, Sörliger Str. 58	Kolnthal
31. Greuse, Kungestr. 30	74. Feind, am Bahn- hof
Süden	Schöneberg
32. Winter, Ritterstr. 11/	75. Schulz, Reichestr. 3
33. Fleckie, Bongstr. 1	76. Kolnthal, Ederstr. 68
34. Nowak, Ottoginer Str. 66	Segefeld
Südwesten	77. Wulff, Hauptstr.
35. Spörer, Oerfenow- str. 30	Siemensstadt
36. Lupp, Alte Jankow- str. 1	78. Sundheim, Nonnendamm- Allee 87
37. Kachmann, Wilhelmstr. 118	79. Kant, Siemensstr. 34/35
Westen	Spandau
38. Wiermer, Bölowstr. 58	80. Windt, Bichelsdorfstr. 5
Nordwesten	81. Rest. W. heimsarten, Hamburger-, E. Klosterstr.
39. Krüger, Puffigstr. 10	82. Kohlschmid, Neundorfstr. 87
40. Keler, Gogh- oms- str. 34	83. Lungwitz, Freiheit 2
41. Siura, Hutterstr. 9	Staaten
42. Dellachäger, Verlichtingstr. 5	84. Wolf, Spandauer- trah- 112
Zentrum	Steglich
43. Hummel, Sophienstr. 5	85. Bockmann, Rhein- trake 49
Westhof	86. Henke, Flensburger- Ecke Dippelstr.
44. Kordier, Bismarck- tr. 73	Tegel
Baumschulienweg	87. Lehnhardt, Berlin- citrate 84
45. Boges Nachf., Baum- schulienweg 14	Tempelhof
Charlottenburg	88. Bürgergarten, Wehlstr. am Ringbahnhof
46. Müller, Döber- lacher Str. 27	Tepow
47. Peter, Roddingstr. 23	89. Böhme, Heideberg- str. 81
48. Werner, Wallstr. 96	Weihensee
49. Thunack, Wielandstr. 4	90. Mathe, Berliner Allee 251
Cöpenid	91. Bier, Rennbahnstr. e 4
40. Schulz, Bohnhoft. 34	Wildau
51. Augustin, Rosenstr.	92. Kasina, Schwarz- hopt- Straße

Zur
Jugendweise

Einladungskarten
Glückwunschkarten
Geschenkwerke

Für die schulentlassene Jugend
mit gediegenem Inhalt in würdlich
vornehmer Ausstattung

*
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin O 2
Breite Straße 8-9

*
Kuch in allen Filial-Expeditoren
der „Freiheit“ erhältlich

Wederh in Zigarrengeschäften erhalte
echte Kapitän-Kautabak

zur
Tafelzweige (Kauf) Verkaufsstellen durch
H. R. Köcker, Berlin, Loblawberger Str. 22 (Kgl. 3651)

Demnächst erscheint
EUGEN VARGA
DIE LAGE DER
WELTWIRTSCHAFT
und der Gang der Wirtschaftspolitik
in den letzten drei Jahren

Aus dem Inhalt: Die Lage der Weltwirtschaft drei Jahre
nach Kriegsausbruch / Die Reparationsüberwindungs-
kämpfe in der Weltwirtschaft / Die Reparations-
frage als Spezial-
problem / Bewußte Versuche zur Wiederherstellung des
wirtschaftlichen Gleichgewichts / Überwindungsversuche
auf Kosten des Proletariats / Der bewußte Kampf um
die Weltwirtschaft / Die Bilanz der letzten drei Jahre

Preis Mk. 6.— (Organisationsausgabe Mk. 2.50)

Zu beziehen durch den Verlag
Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley Hamburg
sowie durch allm. Buchhandlungen u. Organisationen der K. P. D.

Arbeitermörder vor Gericht

Der Lokaltermin, den das Schwurgericht des Landgerichts I am Montag im Anschluß an die öffentliche Verhandlung in der Strafsache gegen den Schlosser Adalbert Arndt und des Stad. Ing. Arthur Schneider wegen Tötung der beiden Gallizier in dem Gefängnis in der Lehrter Straße im März 1919 abhielt, hatte im wesentlichen den Zweck, an Ort und Stelle die örtlichen Verhältnisse festzustellen und auch über die Beleuchtungsverhältnisse Klarheit zu schaffen.

Im Anschluß an die Augenscheinnahme wurden heute noch mehrere Zeugen vorgerufen, um einige Widersprüche aufzuklären. Es meldeten sich auch noch zwei Zeugen auf Grund der Berichte, die sie in den gestrigen Zeitungen gelesen haben. Der Zeuge von Zizek war seinerzeit Nachkommandant in dem Gefängnis, aber am Tage der Tat nicht anwesend, da er nach den getroffenen Vereinbarungen alle 48 Stunden von einem andern abgelöst wurde. Auf Antrage des Verteidigers Dr. Aron gab der Zeuge einige Beispiele an, daß es ihm in mehreren Fällen durch gütliches Zureden gelungen sei, die Leute von Gewalttätigkeiten gegen Einzelgefesselte zurückzuhalten. Der Verteidiger sprach demgegenüber seine Verwunderung darüber aus, daß es dem Zeugen Dienemann, der doch Vertrauensmann gewesen sei, nicht möglich gewesen sei, die Leute von ihren Mißhandlungen zurückzuhalten.

Auf wiederholten sehr ernstlichen Vorhalt blieben die Zeugen Dienemann und Korniecho mit aller Entschiedenheit dabei, daß der Angeklagte Arndt den einen, Schneider den andern Gallizier erschossen habe.

Staatsanw. Rat Burcharth führte zur Schuldfrage u. a. aus: Die hier aufgedeckte Mißhandlung der beiden völlig wehrlosen Gefangenen und ihr Ende sind ein bedauerliches Verbrechen zu der „treuen Pflichterfüllung“, die die Reinerungs-soldaten in jener furchtbaren Zeit bewiesen haben. Es sei tief bedauernd, daß solchen Gefangenen, die Einzelgefesselt wurden, wie hier befunden worden, von Anfang an ein bitteres Los beschieden war, sie wurden, wie man sich ausdrückt, entsprechend „behandelt“ oder ihnen „ein warmer Empfang bereitet“. Alle, die auf Anford und „soldatische Ehre“ etwas geben, müssen sich von solcher Rohheit und Feinheit mit Absicht abwenden. Die Ermordeten hier immer als Gallizier bezeichneten Personen waren russische Kriegsgefangene, die auf dem Abtransport nach ihrer Heimat beurlaubt waren. Hier hat sich in dem Gefängnis eine Mente wild gewordener Soldaten auf die Einzelgefesselten erstreckt. Der ganze Vorwand sei um so widerwärtiger, wenn man an die geradezu unmenschliche Behandlung der beiden Einzelgefesselten und an das wahrhaft unerhörte und grauenhafte Nachspiel.

das Herunterwerfen der Leichen von dem Kraftwagen, denke. Nach den ganz unerklärlichen Auslagen der beiden Hauptbelastungszeugen stehe fest, daß die beiden Angeklagten sich herbeigewandt an den Mißhandlungen beteiligt und zweifellos mehrere Schüsse abgefeuert haben. Der Staatsanwalt könne nur die Bestätigung der Schuldfrage wegen versuchten Totschlages unter Mißbrauch der Waffen beantragen. Was die Strafe betrifft, so sei zu berücksichtigen, daß es sich um

eine Tat von grauenhafter Rohheit und größter Feinheit handelte, denn jeder Einzelgefesselte hatte den Anspruch, daß er als wehrloser Gefangener und nicht als gefährlicher Kämpfer behandelt wurde. Der Staatsanwalt beantragte die Rehabilitation unter Umständen und die Verurteilung wegen versuchten Totschlages.

H. A. Dr. Siegf. Aron rief den Geschworenen die furchterlichen Mordtate des Jahres 1919 und einzelnen Phasen der Kämpfe mit den Spezialisten in die Erinnerung zurück. An jenem Tage wurden die Gemüter durch die Kunde von dem Dichterkönig Mord besonders erregt. Die abscheuliche Tat sei festgestellt, nicht aber sei festgestellt, wer die tödlichen Schüsse abgegeben. Die beiden Angeklagten, die vorläufige Soldaten gemessen und glanzvolle Führungsaufstellungen aufzuweisen haben, haben von Anfang an bestritten, die Täter gewesen zu sein, und man könne ihnen in dieser Beziehung durchaus glauben. Eventuell müßten die Geschworenen die Frage nach milderen Umständen befragen.

Die Geschworenen brachten die Schuldfrage wegen versuchten Totschlages und schwerer Körperverletzung unter Verlegung mißbräucher Umstände.

Der Staatsanwalt beantragte je 1 1/2 Jahre Zuchthaus und gegen Arndt noch wegen unbefugter Mitnahme eines Revolvers 1 Woche Gefängnis. Nach kurzer Beratung des Gerichts verfündete Landgerichtsdirektor Dr. Weigert das Urteil dafür.

Bei der Abmessung des nach dem Wahrspruch der Geschworenen zu fällenden Urteils ist berücksichtigt worden, daß die Angeklagten noch jugendlichen Alters sind und durch die Verjaugung mißbräucher Umstände schon schwer betroffen werden. — Das Gericht sieht nicht an zu erklären, daß die nach dem Spruch der Geschworenen feststehende Tat der Angeklagten die schärfste Verurteilung verdient, nicht nur daß bei der Tat die einfache Lust an Rohheit die Triebfeder gewesen ist, sondern auch wegen der Bestialität, die die Grundsätze vor dem Tode fast völlig vermissen lassen, indem man die Erschossenen zunächst auf einen Müllhaufen gemornt und die Leichen dann später auf der Fahrt im Lastauto einfach an beliebiger Stelle abgeworfen hat. Sobald die beiden Opfer nach Zurücklegung des weiten Weges vom Ehenhotel in dem Gefängnis in der Lehrter Straße eingeliefert waren, kann man sich nichts Abscheulichereres denken, als daß sie nach dem Dreckschmondo „Auss, sie sind da“ aufs ärgste mißhandelt wurden. Die Erregung der damaligen Tage rechtfertigt in keiner Weise diese verabscheuenswerte Handlung. Der Gerichtshof hat auf eine Gesamtstrafe von je 1 1/2 Jahren Zuchthaus erkannt, es aber abgelehnt, auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu erkennen. Beide Angeklagte wurden sofort in Haft genommen.

Erhöhung der Kurkosten

Das Nachrichtenamt des Magistrats teilt mit: Infolge der fortschreitenden Geldentwertung und der damit verbundenen Steigerung aller Ausgaben für Anstaltswärter, vor allem für Gehälter und Löhne, Verpflegung, Wäsche und Kleidung, sowie für alle Arten von Hausbedürfnissen, Heizung, Beleuchtung, Fuhrwerk usw. sind auch die Selbstkosten der städtischen Heilmitteln derartig gestiegen, daß eine Erhöhung der Kurkosten nicht mehr zu vermeiden ist.

Nach den äußerlich sparsamen Ansätzen des Haushaltsplanes für 1922, bei dem z. B. nur ein Durchschnittssatz von 15 M. für Verpflegung angenommen worden ist, betragen die Selbstkosten für die städtischen Heilmitteln allein rund 10 000 000 M. Das ergibt für den Kopf und Tag rund 44 M.

Die hierauf zu erstellenden Verpflegungspläne betragen dagegen bis jetzt nach dem Beschluß der Gemeindebehörde vom 31. März 1921 nur 12 M. bzw. 7,50 M. für Erwachsene und 4 M. für Kinder, während von Privatanstalten bereits längst Verpflegungsätze von 30 bis 60 M. gefordert werden. Wenn der Magistrat sich auch bemüht ist, daß die Stadt Berlin im allgemeinen gesundheitlichen Interesse verpflichtet ist, gerade für die hier in Betracht kommenden minderbemittelten Bevölkerungsschichten große Opfer zu bringen, so ist es doch arbeitsreich bei der heutigen Finanzlage der Stadt nicht angängig, diese Zuschüsse allein durch die Stadt tragen zu lassen.

Im Einverständnis mit der Deputation für das Gesundheitswesen hat der Magistrat daher beschlossen, die Verpflegungskosten auf täglich 20 M. für erwachsene Patienten der Wohlfahrts- und Fürsorgestellen und der Krankenkassen, 10 M. für Kinder, sowie 12 M. für erwachsene Selbstzahler zu erhöhen und der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage unterbreitet.

Die Ursachen der Mieterausplünderung

Infolge der vom Magistrat beschlossenen Erhöhung des Mietzinsfußes für Wohnräume von 70 auf 120 Prozent ist in den Mieterkreisen eine außerordentlich starke Erregung entstanden. Jetzt dämmert es endlich auch bei den leider noch sehr zahlreichen Mietern, die ohne Solidaritätsgefühl, oft aus Mangel vor späterer Kündigung, im Falle der auf Jahre hinaus doch gar nicht zu erwartenden Freigabe der Wohnungswirtschaft nicht selten den pflichtbewussten organisierten Mietern in den Rücken fielen. In eingeweihten und weisshäufigen Kreisen weiß man längst, daß die hausagrarischen Organisationen, besonders auch die von Groß-Berlin, so langsam zusammenhalten und mit so unzulänglichem Gelbmachergehirn geleitet werden wie die Mißhandlungsagrarier. Man weiß auch, daß die Hauptlinge der Berliner Hausbesitzerorganisationen an allen maßgebenden behördlichen Stellen fast täglich die Türen der Delegationen belagerten, um ihre Ziele zu erreichen. Gegenüber diesem jähren und geschlossenen Vorgehen der Vermieter hat die Gesamtheit der Mieter bisher versagt.

Was ist der wahre Grund für das immer deutlicher hervortretende Tötelmittel der städtischen Behörden mit den Hausbesitzern? Während die Hausbesitzer sich nicht genug entschuldigen konnten, wenn in Mieterkreisen von dem Plane eines Abstreits die Rede war, haben sie selbst fortwährend unausgesetzt mit der Einstellung der Bezahlung städtischer Abgaben gedroht. Noch im Januar hat der Oberhauptling

Zadenborff öffentlich in Wort und Schrift aufgefordert, nur Teilabgaben auf die städtischen Abgaben zu leisten und beim Magistrat um Stundung der Restbeträge einzukommen. Dieser oppositionellen Aufforderung sind selbstverständlich die Hausbesitzer in ihrer Mehrzahl gefolgt, auch wenn sie zahlen konnten, so daß den städtischen Kassen die erwarteten Gelder nicht zufließen und zunächst Millionen von Restbeträgen entstanden. Hier liegt ganz offenbar des Pöbels Kern! Wohnungsaustritt und Magistrat knobeln einen möglichst hohen Zuschlag zur Friedensmiete aus, damit die leeren städtischen Kassen gefüllt werden, das heißt auf dem Umwege über die Hauswirte aus den Taschen der Mieter. Und außerdem ist das neue Attentat gegen die Mieter eine so hübsche Revanche für das Reichsmietengesetz, das ja auch in städtischen Kreisen mit ihren reichen Beziehungen zum Grundbesitz eine so staitliche Menge von Gegnern aufzuweisen hat.

Ein bildungsfeindlicher Rektor

Uns wird geschrieben: Seit einem Jahre vereinige ich hiesige Volksschüler zu Klassen, um die Besucher in französisch und englisch zu unterrichten. Da ich eine weitere Ausdehnung dieser Tätigkeit anstrebte, kam ich auch zur 309. Gemeindevorschule für Knaben zu Herrn Rektor Koh in der Tunderstraße. Herr Rektor Koh erklärte mir nach der Auseinandersetzung meines Planes, daß er seine Schüler auf meinen Unterricht nicht hinweisen könnte. Wenn Unterricht unentgeltlich erteilt würde, kämen die wissenschaftlichen Berufe immer mehr herunter. Die Mülltücher streifen schon seit sechs Wochen. Es sei bei ihm auf dem Flur das Waschbrett zerhackt worden, und er bekäme die Täter nicht heraus. Auch sei ihm aus dem Amtszimmer Geld von einem Schüler entwendet worden. Was diese Punkte mit der Tatsache, daß durch mich Arbeiterkinder kostenlosen französischen Unterricht bekommen, zu schaffen haben, ist mir völlig unverständlich. Ich kann mir das Verhalten des Herrn Koh nur so denken, daß er seinen Schülern nichts gönnt. Dazu würde es auch stimmen, daß jener Rektor es zuläßt, daß auf dem schwarzen Brett, das sich in der Nähe seines Amtszimmers befindet, eine Lehrerin französischen Unterricht den Gemeindevorschulern für Geld anbietet, daß natürlich die Kinder unbemittelten Eltern zu zahlen nicht imstande sind. Durch eine derartige Reklame wird in den Jungens nur die Begierde nach etwas erweckt, was sie nicht leisten können, und das jugendliche Gemüt erhöht schon im Frühling seines Lebens, daß es auf der Welt lediglich dazu da ist, zu darben und zu entbehren.

Preispolitik der Kuhfallbesitzer

Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Verschiedentlich sind in der Presse der letzten Tage Notizen erschienen, die sich mit dem Milchpreise in den hiesigen Molkeereien (Kuhfällen) befassen. Wir verweisen hierzu auf unsere ausführliche Notiz vom 6. März d. J. in der wir dargelegt haben, daß die Verpflichtung der Kuhfallbesitzer, je Kuh und Tag 3 1/2 Liter Vollmilch an Kartenkunden abzugeben, nach wie vor besteht, und daß auch der Preis von 4 M. für die Kartenmilch nicht geändert ist, daß die Molkefallbesitzer zum Ausgleich der verbilligt abgegebenen Kartenmilch aber Barzuschüsse und insbesondere eine Zuweisung verbilligter Kraftfuttermittel erhalten und daß die genannten Zuwendungen für die Zeit bis zum 15. Mai d. J. auf rund 18 Millionen Mark zu schätzen sind. Die Molkefallbesitzer beabsichtigen trotzdem, zunächst vom 15. d. Mis. ab einen einheitlichen Preis von 6,60 M. je Liter zu nehmen, und zwar entgegen der ausdrücklichen Anweisung des Milchamtes und in dem vollen Bewußtsein der Ungeselligkeit ihrer Handlungsweise, wie jeder einzelne Molkefallbesitzer auch auf der seiner Organisation übermittelten Abstimmungsliste ausdrücklich bekundigt hat. Nach Verhandlungen mit dem Milchamt hat die Organisation der Molkefallbesitzer jedoch von einer Durchführung ihrer Absicht bis auf weiteres Abstand genommen. Der Kartenmilchpreis beträgt also in sämtlichen Molkeereien nach wie vor 4 M. je Liter, der Preis für Freimilch 6,60 M. je Liter. Gegen Molkefallbesitzer, die einen höheren Preis fordern, ist das Milchamt nach Kenntnisnahme unmissverständlich vorgegangen und wird es auch in Zukunft tun.

Wie die unmaßstäbliche Art des Einschreitens des Milchamtes ausfällt, können wir nicht sagen, doch wollen wir hoffen, daß das Einschreiten einen besseren Erfolg wie bisher zeitigt.

Schulpolizei gegen die „Freiheit“. Gestern vormittag sollte die Hauptverhandlung in einem Strafverfahren gegen unseren verantwortlichen Redakteur, Genossen Seger, stattfinden, das von der Schulpolizei angestrengt worden war. In der „Freiheit“ wurde im April des vergangenen Jahres das röh-

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki

Einmal am 17. März 1922 von Maxim Gorki
Amerikanisches Copyright 1922 by Ullstein & Co., Berlin
(M. Fortsetzung)

Er schließt die Augen und liegt mit unter den Kopf geschobenen Armen da; die Zigarette in seinem Mundwinkel qualmt nur ganz wenig, bis er mit der Zunge daran herumzuquirlen beginnt und einen gewaltigen Zug tut, daß es in seiner Brust pfeift und sein großes Gesicht in einer Rauchwolke untertaucht. Zuweilen scheint er mir zu schlafen, ich höre auf zu lesen und begucke mir dieses verdrehte Buch, das mir schon zum Hals herauskommt. Doch plötzlich ruft er heiser:

„Lies weiter!“

Und ich lese:

„Venerable antwortet: Sieh, mein lieber Bruder

Spurman . . .“

„Spurman“ heißt es . . .“

„Es steht aber ‚Spurman‘ da . . .“

„Wirklich! Das ist doch toll! Dort, am Ende des

Buches, sind Verse — lies die mal vor . . .“

Ich lese:

„Die profanen Leute möchten gern hinter unsere Geheimnisse kommen,

Doch werden ihre schwachen Augen sie niemals schauen,

Nicht einmal den Gesang der Brüder werden sie vernahmen.“

„Galt,“ sagt Smury, „das sind ja gar keine Verse! Gib mal das Buch her . . .“

Er schlägt ärgerlich die dicken bläulichen Seiten um

und steckt das Buch unter die Matratze.

„Nimm ein anderes Buch . . .“

Zu meinem Leidwesen hat er in seinem eisenbeschlagenen schwarzen Koffer noch eine ganze Menge anderer

Bücher, wie zum Beispiel: „Omirs Unterweisungen“, „Artileristische Memoiren“, „Briefe des Lord Sedengalli“,

„Von der Wanze als einem schädlichen Tier und ihrer Ausrottung“ usw. Manche der Bücher waren ohne Anfang

und ohne Ende. Zuweilen ließ er mich alle Bücher herausnehmen und laut ihre Titel lesen. Er hörte zu und

kurrte unwillig:

„Sie schreiben schon was zusammen, die Halunken! . . . Als ob sie einen in die Zähne schlagen wollten — weshalb kann ich nicht begreifen. Gewiss! Was Teufel fällt mir gerade dieser Gerwasch ein? Umbracul!“

Die seltsamen Worte und fremdartig klingenden Namen wollten mir nicht aus dem Gedächtnis, sie kitzelten meine Zunge, daß ich sie unwillkürlich jeden Augenblick wiederholen mußte, um vielleicht auf diese Weise hinter ihre Bedeutung zu kommen. Draußen aber, unter dem Fenster der Kajüte, sang und plätscherte unaufhörlich das Wasser. Ich müßte aufs Hinterdeck hinaus, wo mitten zwischen den Warenballen die Matrosen und Heizer sich versammeln, den Passagieren im Kartenspiel das Geld abnehmen, lustige Pieder singen und interessante Geschichten erzählen. Es ist so angenehm, mitten unter ihnen zu sitzen und ihre schlichten, klar verständlichen Reden zu hören, dabei auf die Ufer der Rama zu schauen, wo die Fischer schnurgerade gleich kupfernen Säulen in die Höhe streben und der blaue Himmel sich in den kleinen Seenspiegel, die auf dem weiten Biefenlande von der Frühjahrsüberschwemmung übriapegeben sind und wie Scherben eines zerfallenen Riesenspiegels daliegen. Unter Dampfser scheint losgelöst von der Erde, sucht vor ihr zu fliehen, während vom Ufer durch die Stille des müden Tages unsichtbares Glockengeläut ruft und von Menschen und menschlichen Siedelungen kündigt. Ein Fischerboot schaukelt auf den Wellen — wie ein schwimmender Brotkrant sieht es aus. Jetzt wird am Ufer ein Dörfchen sichtbar, eine Kinderschar plätschert im Wasser, ein Bauer im roten Hemd schreitet auf dem gelben Sandstreifen am Ufer entlang. Aus der Ferne, vom Flusse her, erscheint alles so unterhaltig und nett wie ein buntes Spielzeug — man möchte den Leuten dort drüben gute, freundliche Worte zum Gruß hinüberufen.

Und auch den Leuten auf der Barke hinter uns möchte man etwas Freundliches sagen. Diese rotbraune Barke übte auf mich eine starke Anziehungskraft aus, eine ganze Stunde wohl konnte ich zuschauen, wie sie mit ihrem stumpfen Schnabel sich in das trübe Wasser einwühlte. Der Dampfer schleppte sie wie ein Schwein hinter sich her; das Tau erschlaffte und straffte sich abwechselnd, klatschte aufs Wasser oder zerrte, reichliche Tropfen verprühend, die Barke am Schnabel vorwärts. Ich war sehr neugierig, die Gesichter der Menschen zu sehen, die dort gleich

wilden Tieren in dem eisernen Käfig sahen. Als sie in Perm ans Land geführt wurden, gelang es mir, mich nach dem Landungssteig der Barke hindurchzustehlen. Ein paar Duhend graue Menschlein gingen an mir vorüber, laut aufstampfend, mit ihren Ketten klirrend, unter der Last ihrer Bündel tief gebeugt. Männer und Frauen, Alte und Junge, Hübsche und Häßliche waren darunter — alle genau so wie die andern Menschen, nur in ihrer besondern Tracht und durch das Rafieren der Köpfe entstellt. Gewiß, es waren Räuber — aber die Großmutter hatte doch so viel Gutes von den Räubern erzählt!

Smury, der selbst wie ein wilder Räuber ausah, sah mit düsterm Blick nach der Barke hin und brummte in sich hinein:

„Gott bewahre unsereinen vor solch einem Schicksal!“

Eines Tages fragte ich ihn:

„Wie kommt das nur, daß Sie zum Beispiel kochen, während andere morden und rauben?“

„Ich koche nicht, sondern bereite Gerichte zu. „Kochen“ sagt man von Weibern,“ erwiderte er lächelnd. Und noch kurzem Sinen fügte er hinzu: „Der Unterschied zwischen den Menschen liegt in der Dummheit: der eine ist klug, der andere weniger klug, der dritte ganz dumm. Um klug zu werden, muß man die richtigen Bücher lesen, die schwarze Magie, und was es sonst noch gibt. Alle Bücher muß man lesen, dann findet man schon die richtigen heraus . . .“

Er wiederholte beständig:

„Immer lies, lies! Verstehst du ein Buch nicht, dann lies es siebenmal, und hast du es dann noch nicht verstanden, lies es zwölfmal . . .“

Mit allen Leuten, die auf dem Dampfer waren, auch mit dem schweigenden Bisseiter, sprach Smury in seiner kurz angebundenen Weise, als wenn er ihnen Steine an den Kopf schleuderte. Sein Schnurrbart sträubte sich dabei wie eine Bürste, und die Unterlippe senkte sich launisch. Gegen mich war er sanft und rücksichtsvoll, doch war in seinem Verhalten etwas, das mich ein bißchen angstigte. Zuweilen erschien er mir halb verrückt, wie die Schwiegermutter meines ehemaligen Lehrmeisters, des Zeichners.

(Fortsetzung folgt.)

